

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Stadtverwaltung
Rathaus

67059 Ludwigshafen

24. Sept. 2007

Antrag zur Stadtratssitzung am 01.10.2007

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur Stadtratssitzung am 01.10.2007 stellt die CDU-Stadtratsfraktion folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zu dem begonnenen Benchmarking-Prozess eine Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ einzusetzen. Dieser Arbeitsgruppe sollen Vertreter aller Dezernate, insbesondere der Bereiche Bauaufsicht, Umwelt und öffentliche Ordnung sowie Vertreter der WEG und des WBL angehören. Erforderlichenfalls können externe Sachverständige hinzugezogen werden.
2. Die Arbeitsgruppe erhält den Auftrag,
 - a) die städtischen Vorschriften für Unternehmen, Handwerksbetriebe und andere Wirtschaftsbetriebe hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls eine Liste mit überflüssigen oder zu modifizierenden Vorschriften und Regelungen zu erstellen,
 - b) städtische Genehmigungsverfahren und Bearbeitungszeiten dahingehend zu überprüfen, ob sie vereinfacht und in ihren Zeitabläufen effektiv verkürzt werden können. Dabei sind von der Arbeitsgruppe gegebenenfalls Vorschläge für einfachere Genehmigungsverfahren und kürzere, kundenfreundlichere Genehmigungszeiten zu machen,
 - c) dem Stadtrat nach Abschluss seiner Arbeit, spätestens jedoch nach einem Jahr, zu berichten.

Begründung:

Es geht nicht um Einschränkungen im Umweltschutz oder eine Reduzierung der Aufsicht in sicherheitsrelevanten Bereichen. Wo Auflagen, Vorschriften und Kontrollen sinnvoll sind, muss es sie weiterhin geben.

Es gibt aber immer wieder Klagen von Unternehmen und Handwerksbetrieben und anderen Gewerbetreibenden über nicht notwendige städtische Vorschriften und überlange Genehmigungs- und Bearbeitungsverfahren. Im Sinne des Bürokratieabbaus sind diese Vorschriften zu überprüfen und Verfahrensabläufe zu vereinfachen. So lassen sich Kosten sparen und der Wirtschaftsstandort Ludwigshafen kann an Attraktivität gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen



Heinrich Jöckel

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Stadtverwaltung
Rathaus

67059 Ludwigshafen

24. Sept. 2007

Antrag zur Stadtratssitzung am 01.10.2007

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in einer Broschüre des Deutschen Städtetages vom Mai 2007 „Integration von Zuwanderern“ wird nachdrücklich auf die Bedeutung der „ethnischen Ökonomie“ für die wirtschaftliche Situation in der Kommune sowie auf die positive Wirkung auf den Integrationsprozess hingewiesen. Auch für unsere Stadt und den Wirtschaftsstandort Ludwigshafen liegt hier ein Potenzial.

Vor diesem Hintergrund stellt die CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtratssitzung am 01.10.2007 folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten

1. eine auf Ludwigshafen bezogene Bestandsaufnahme zu erstellen über
 - Unternehmensgründungen von Migranten in freiberuflichen und unternehmensnahen Dienstleistungsangeboten (u.a. Gastronomiebereich und Lebensmittelhandel)
 - selbstständige von Migranten geführte Handwerksbetriebe
 - die Zahl von Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen in Betrieben von Migranten
2. Diese Bestandsaufnahme als ersten Baustein für ein umfassendes Integrations-/Migrationskonzept für Ludwigshafen bereit zu stellen.

Begründung:

Die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten und von Menschen mit Migrationshintergrund ist auch für Ludwigshafen eine herausfordernde Aufgabe. Migrantinnen und Migranten nehmen immer stärker am wirtschaftlichen Leben auch durch Unternehmensgründungen in unserer Stadt teil. Damit tragen sie als Arbeitgeber zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Ludwigshafen sowie durch Eingliederung in das Arbeits- und Erwerbsleben bei.

Die genaue Untersuchung der wirtschaftlichen Rolle und diesbezüglichen Leistung und Teilhabe der Migrantinnen und Migranten soll ein erster Schritt zu einem Gesamtkonzept über die Integration und Migration für unsere Stadt sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Heinrich Jöckel